

**Antragsbuch  
für die KDV der SPD Mitte  
am 26.09.2020**

## Inhaltsverzeichnis

<b>bezirksbezogene Anträge</b>		<b>1</b>
<b>A4/I/2020</b>	<b>01/23 Rehberge</b>	
Bahn fahren günstiger machen!		1
.....		
<b>Anträge an den Landesparteitag</b>		<b>2</b>
<b>A1/I/2020</b>	<b>01/01 Rosenthaler Vorstadt</b>	
E-Scooter		2
.....		
<b>A2/I/2020</b>	<b>01/03 Friedrichstadt</b>	
Gebühren für Bewohnerparkausweise angemessen erhöhen		4
.....		
<b>A3/I/2020</b>	<b>01/23 Rehberge</b>	
Zebrastreifen um Bildungseinrichtungen		6
.....		
<b>A5/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
Einmal im Monat autofreie Kieze		6
.....		
<b>A6/I/2020</b>	<b>01/03 Friedrichstadt</b>	
Zukunftsort Berliner Mitte: lebenswert – klimaresilient – gemeinwohlorientiert – geschichtsbewußt – autoarm – kulturstark		7
.....		
<b>A7/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
Verknappung von Wohnraum durch Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum wirksam verhindern!		12
.....		
<b>A8/I/2020</b>	<b>SPDqueer</b>	
Erhalt von Clubkultur und Orten der Vielfalt und Toleranz in der Innenstadt		14
.....		
<b>A9/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
Für ein Sperrmüllkonzept für Berlin		14
.....		
<b>A10/I/2020</b>	<b>ASF</b>	
Digital Empowerment für geflüchtete Frauen!		15
.....		
<b>A11/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
Integration von Geflüchteten durch eine bessere Arbeitsvermittlung voranbringen und nachhaltig gestalten!		17
.....		
<b>A12/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
Umfassende Maßnahmen gegen Muslimfeindlichkeit und die Unterstützung von Betroffenen fördern		18
.....		
<b>A13/I/2020</b>	<b>01/04 Friedrichstadt</b>	
Sichere Entsorgung von Spritzbesteck erleichtern		21
.....		
<b>A14/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
Cytotec in der Geburtshilfe verbieten		22
.....		
<b>A15/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
Längere Gewährleistung für Produkte – Umwelt- und Verbraucherschutz stärken!		23
.....		
<b>A16/I/2020</b>	<b>01/01 Rosenthaler Vorstadt und 01/23 Rehberge</b>	
Verankerung einer Feministischen Außenpolitik in Inhalt und Struktur!		24
.....		

<b>A17/I/2020</b>	<b>ASF</b>	
Verankerung einer Feministischen Außenpolitik in Inhalt und Struktur!		
.....		26
<b>A18/I/2020</b>	<b>01/16 Grünes Dreieck</b>	
ALG II für Alleinerziehende während der Ausbildung		
.....		27

## bezirksbezogene Anträge

1 **A4/I/2020**

2 **01/23 Rehberge**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
4 **schließen:**

5

6 **Bahn fahren günstiger machen!**

7 Die SPD Berlin-Mitte richtet eine Projektgruppe  
8 „Günstiger Bahnverkehr“ ein, die Maßnahmen entwi-  
9 ckeln soll, die geeignet sind um eine weitere Preissen-  
10 kung von mindestens 10% auf alle Tickets der deut-  
11 schen Bahn und anderer Anbieter zu bewirken.

12

13

14 **Begründung**

15 Das Klimapakete der Bundesregierung enthielt unter  
16 anderem gesetzliche Bestimmungen zur Mehrwert-  
17 steuerabsenkung auf Leistungen der deutschen Bahn.  
18 Damit wird das Ziel verfolgt den klimaschädlicheren  
19 Individualverkehr durch Preisanreize im Massenver-  
20 kehr zu mindern.

21 Diese Änderung ist zu begrüßen, ist aber nicht hin-  
22 reichend, um den Individualverkehr auf das durch die  
23 Klimaforschung vorgegebene notwendige Maß zu re-  
24 duzieren. Deshalb folgen wir mit diesem Antrag dem  
25 Prinzip, dass Parteiforderungen einem Bild von der  
26 Zukunft entsprechen müssen, auch wenn in den be-  
27 treffenden Feldern Schritte in die richtige Richtung  
28 gemacht werden.

29 Grundsätzlich muss es unter gegenwärtigen  
30 Umständen auch gegeben sein, dass die Entschei-  
31 dung, sich kein eigenes Auto zu kaufen zumindest im  
32 Bundesgebiet keine finanzielle Benachteiligung bei  
33 der Mobilität darstellt. Dieser Antrag wäre ein erster  
34 Schritt zur Behebung dieses bestehenden Mangels.

35 Vor dem Hintergrund der Landflucht, der verschlech-  
36 terten Versorgungsinfrastruktur und der Zunahme  
37 des Pendelverkehrs zeigen sich weitere Gründe für ei-  
38 ne Preissenkung der Bahntickets. Wir wollen, dass die  
39 für viele Menschen notwendige Mobilität nicht auch  
40 noch finanzielle Belastung ist. Soziale Netze wie Fa-  
41 milien, Freundeskreise und Dorfgemeinschaften, die  
42 nicht länger örtlich gebunden verstanden werden  
43 dürfen, sollen durch günstiger überbrückbare Entfer-  
44 nungen gestärkt werden. Wenn auch die ländlichen  
45 Gegenden selbst Strukturförderung benötigen, kann  
46 aber eine Verbilligung der Massenmobilität trotzdem  
47 vorhanden Strukturen einem weiteren Kreis an Profi-  
48 teuren erschließen.

Anträge an den Landesparteitag

- 1 **A1/I/2020**  
2 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**  
3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
4 **schließen:**  
5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
6 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
7  
8 **E-Scooter**  
9 1. Prüfung der Einschränkung von Abstellflächen  
10 für gewerblich vermietete E-Scooter im öffentlichen  
11 Raum, insbesondere innerhalb des S-Bahn-Rings  
12 durch Ausweisung von Abstellplätzen, die nicht zu  
13 Lasten des Fußgänger- und Fahrradverkehrs gehen.  
14 Zum Beispiel an jeder Einmündung bzw. Kreuzung,  
15 Bahnhaltestelle und Sehenswürdigkeit Umwidmung  
16 von Kfz-Parkplätzen.  
17  
18 2. Prüfung der Möglichkeit, Anbieter von E-Scooter  
19 zu verpflichten, innerhalb ihrer Apps vordefinierte  
20 Abstellbereiche auszuweisen. E-Scooter die außerhalb  
21 dieser Bereiche abgestellt werden, gelten nach einer  
22 definierten Abstellfrist als Verkehrsbehinderung.  
23  
24 3. Prüfung der Angebots-Nutzer-Relation zwecks  
25 Konzeptentwicklung zu entsprechender Begrenzung  
26 der Verbreitung gewerblich vermieteter E-Scooter auf  
27 ein an alle Verkehrsteilnehmer adressiertes Maß.  
28  
29 4. Prüfung zur Schaffung einer  
30 Ermächtigungsgrundlage durch den Bundesge-  
31 setzgeber für die Erhebung von Nutzungsgebühren  
32 für gewerblich in den Straßenverkehr eingebrachte  
33 Elektrokleinstfahrzeuge (E-Tretroller, E-Scooter)  
34 durch die Länder.  
35  
36 **Begründung**  
37  
38 Mit Zulassung der Elektrostehroller (E-Scooter, Elek-  
39 trotretroller) als Elektrokleinstfahrzeuge im Straßen-  
40 verkehr drängt sich seit Sommer 2019 eine weitere  
41 Nutzung in den öffentlichen Verkehrsraum, die vor-  
42 handene und grundsätzlich begrenzte Verkehrsflächen  
43 zusätzlich mitbenutzt und für die faktisch keine offen-  
44 kundig klare sowie allseits akzeptierte Abstellfläche  
45 vorhanden ist. Zudem zog die Einführung zahlrei-  
46 che Risiken und Gefahren für Umwelt, Allgemeinheit,  
47 Verkehr, soziale Gerechtigkeit und Gesundheit nach  
48 sich. Eine Anpassung der Regulierung und der Re-  
49 gulierungstechnik zur Vorsorge erscheint momentan  
50 maßvoller, als die Ultima Ratio von Städten wie z.B.  
51 Montreal, die E-Scooter wieder komplett verboten ha-  
52 ben.  
53 Selbst wenn gewerbliche Anbieter dieser Roller kei-  
54 ne Mühe scheuen, Nutzende zum best-möglichen Ab-  
55 stellen zu veranlassen, zeitigt diese Einflussnahme bis-  
56 her kein zufriedenstellendes Verhalten der Nutzenden.  
57 Vor allem Roller, aber auch Mietfahrräder sind häufig  
58 ungünstig abgestellt und können eine Gefahr für Ver-  
59 kehrsteilnehmende sein.  
60 Des Weiteren führt die überwiegend barrikadenarti-

1 ge Abstellpraxis der aktuell ca. 16 000 E-Scooter in-  
2 nerhalb des S-Bahn Rings auf Fußgänger- und Fahr-  
3 radwegen z.B. für Sehbehinderte, Rollstuhlfahrer und  
4 alte Menschen zu Problemen. Dass die Nutzer in der  
5 App ein Foto des abgestellten E-Scooters hochladen  
6 müssen, hat daran nichts geändert. Da im privaten  
7 Bereich eine GPS-Genauigkeit von 30 cm möglich ist,  
8 sollte die Ausweisung von vordefinierten Abstellberei-  
9 chen kein technisches Problem darstellen.

10 Zur Verbesserung dieser Situation sollten im fußläufig  
11 bequem erreichbaren Wohnumfeld deutlich erkennba-  
12 re Abstellflächen für alle zweirädrigen Verkehrsmittel  
13 geschaffen werden, für die gewerbliche Verleiher mit  
14 ihren Kunden eine dortige Abstellpflicht vereinbaren  
15 könnten.

16

17 Örtlich bieten sich hierfür die Einmündungs- und  
18 Kreuzungsbereiche von Straßen an. Diese sind von al-  
19 len Verkehrsteilnehmenden für nicht fußläufig erreich-  
20 bare Ziele zu passieren. Hinzu käme die Umgebung  
21 von Bahnhöfen und Sehenswürdigkeiten. Mit einer  
22 solchen Gestaltung würden verlässliche Orte geschaf-  
23 fen, an die sich Nutzende alsbald gewöhnen werden  
24 und den mitunter zurückzulegenden Extraweg zum  
25 Abstellort hinnehmen, wie dies bereits jetzt hinsicht-  
26 lich des Abstellens von Fahrrädern an Bahnhöfen der  
27 Fall ist.

28

29 Sofern nicht anderweitig örtlich genug Platz für  
30 eine Abstellfläche vorhanden ist, böte sich ei-  
31 ne Umwidmung der bisher von Kfz genutzten  
32 allgemeinen Parkplätze an, zumindest eine der  
33 nächsten Parkflächen ohne Sonderbelegung an jeder  
34 Einmündung/Kreuzung, die jeder Fußgängerverkehr  
35 passiert und so ein breites Angebot an zweirädrigen  
36 Verkehrsmitteln vorfinden kann.

37

38 Die Umwidmung der nächsten allgemeinen Kfz-  
39 Parkflächen an jeder Einmündung und Kreuzung  
40 bietet zudem die Chance, die Sichtverhältnisse  
41 für abbiegenden Verkehr gegenüber Zweirad- und  
42 Fußgängerverkehr zu verbessern, denn kreuzungsnah  
43 abgestellte Fahrzeug beeinträchtigen häufig die Sicht  
44 auf diesen Verkehrsteilnehmenden.

45

46 Die Schaffung solcher Abstellflächen sollte zudem  
47 den allseits erstrebten Veränderung der städtischen  
48 Mobilität zu weniger Verkehr mit Verbrennungsmo-  
49 tor befördern, wenn dort stets ein zweirädriges Mo-  
50 bilitätsangebot zu finden ist. Diese Abstellflächen  
51 können bestehen bleiben, selbst wenn Elektrost-  
52 ehroller wieder verschwinden sollten. Jedes ande-  
53 re zweirädrige Mobilitätsangebot und auch die Ab-  
54 stellmöglichkeit für private Fahrräder bliebe möglich.  
55 E-Scooter führen zu schweren Verkehrsunfällen. Zu  
56 den häufigsten Unfallursachen gehören laut einer Stu-  
57 die der Charité „Unachtsamkeit, Verstöße gegen die  
58 Verkehrsregeln und Geschäftsbedingungen, aber auch  
59 eine eingeschränkte Verkehrstauglichkeit“. So ist zum  
60 Beispiel für alle Verkehrsteilnehmer die Fahrtrichtung  
61 von E-Scootern nicht vorhersehbar. Sie verfügen nicht  
62 über Blinker und von Nachrüstungen sehen die An-  
63 bieter aufgrund von Zerstörungsgefahren ab.

64 *Die Möglichkeit, sich mit E-Scootern in der Stadt zu*  
65 *bewegen wird nicht von allen als positive Innovation*

1 *in den Möglichkeiten zur Mobilität in der Stadt ge-*  
 2 *sehen, ist aber eine weitere Variante um sich ohne*  
 3 *Kraftfahrzeug in der Stadt zu bewegen. Der Nutzen*  
 4 *sollte aber in Relation zu den mit E-Scootern beste-*  
 5 *henden Herausforderungen stehen.*  
 6 E-Scooter sind nicht umweltfreundlich. Sie konkurrie-  
 7 ren nachweislich nicht mit Kraftfahrzeugen, sondern  
 8 mit dem Laufen auf Fußwegen, konventionellem Rad-  
 9 verkehr oder der Nutzung des ÖPNV. Im Vergleich  
 10 zu diesen Verkehrsmitteln produziert ein E-Scooter  
 11 pro Kilometer mit 126 Gramm überproportional viel  
 12 CO<sub>2</sub>. Diesel-Busse (51g/km), E-Bikes (25g/km), kon-  
 13 ventionelle Fahrräder (5g/km) und Fußgänger können  
 14 eine deutlich bessere Umweltbilanz vorweisen. Ein-  
 15 zig Mittelklassewagen (257g/km) schneiden im Ver-  
 16 gleich schlechter ab. E-Scooter verursachen zudem,  
 17 aufgrund ihrer äußerst begrenzten Haltbarkeit, Un-  
 18 mengen an Elektroschrott und benötigen für Ihre Her-  
 19 stellung ohnehin knappe Ressourcen, die in anderen  
 20 Fahrzeugarten eingebaut längerfristig genutzt werden  
 21 können.  
 22 Den Elektroroller-Anbietern (Elektrotretroller, E-  
 23 Scooter) steht zudem der mit Steuermitteln ausge-  
 24 baute öffentliche Verkehrsraum für ihr gewerbliches  
 25 Angebot seit Zulassung kostenlos und unbegrenzt zur  
 26 Verfügung (Free-Floating).  
 27 Es erscheint daher interessengerecht und fair – auch  
 28 gegenüber anderer gewerblicher Verkehrsraumnutzer  
 29 wie Verkaufsstände, Freisitze von Cafés, Filmauf-  
 30 nahmen, Umzüge, Märkte, Musizierende im Bahn-  
 31 bereich – den Kommunen zumindest eine Prüfung  
 32 zur Gebührenerhebung für die Nutzung öffentlicher  
 33 Verkehrsflächen durch Elektrokleinstfahrzeuge zu  
 34 ermöglichen. Die Höhe der Gebühren sollte im de-  
 35 finierten Verhältnis zum Nutzungsaufkommen und  
 36 einer Erfüllung des Allgemeinwohlinteresesses stehen  
 37 – je nachdem können Gebühren niedriger ausfallen  
 38 oder ganz entfallen. Die Kommune sollte dies steu-  
 39 ern können, zumal ihr Zusatzkosten durch erhöhten  
 40 Ordnungsaufwand sowie Beseitigung störender Roller  
 41 entstehen.

42 **A2/I/2020**  
 43 **01/03 Friedrichstadt**  
 44 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
 45 **schließen:**  
 46 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 47  
 48 **Gebühren für Bewohnerparkausweise ange-**  
 49 **messen erhöhen**  
 50 Die Gebühr für den Erhalt eines Bewohnerparkaus-  
 51 weises soll deutlich angehoben werden. Wenn die  
 52 Gebühr auf einen Betrag von über 25 Euro im Jahr  
 53 angehoben wird, ist zugleich zu prüfen, inwieweit eine  
 54 Sozialklausel für Personen mit einem geringen Ein-  
 55 kommen eingeführt werden kann, damit diese nicht  
 56 übermäßig belastet werden. Auch Halter\*innen von  
 57 E-Fahrzeugen sollen weiterhin begünstigt werden.  
 58  
 59  
 60 **Begründung**  
 61

1 Die Gebühren für Bewohnerparkausweise in Ber-  
2 lin belaufen sich derzeit auf 20,40 Euro für eine  
3 Gültigkeit von zwei Jahren, also 10,20 Euro pro  
4 Jahr. Damit befindet sich Berlin am unteren En-  
5 de des derzeit noch durch den Bund festgesetzten  
6 Gebührenrahmens von 10,20 Euro bis 30,70 Euro pro  
7 Jahr (Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßen-  
8 verkehr, Anlage zu § 1, Abschnitt 2, B., Nr. 265).  
9 Diese Gebühren entsprechen in keiner Weise dem  
10 Wert, den die durchschnittlich zwölf Quadratmeter  
11 öffentlichen Bodens pro Auto belegen. Im Durch-  
12 schnitt parken Autos über 23 Stunden am Tag.

13  
14 Der Bundesverkehrsminister hat angekündigt, dass  
15 zukünftig auf die Vorgabe eines Rahmens für die  
16 Gebühren verzichtet werden soll. Den so entstehen-  
17 den Gestaltungsspielraum für die Kommunen, der in  
18 Berlin einheitlich auf Landesebene ausgefüllt wird,  
19 sollte die Stadt für eine weitere Überprüfung der  
20 Gebührenhöhe nutzen. Aber auch im bestehende  
21 Gebührenrahmen sind Anpassungen nach oben vor-  
22 zunehmen.

23  
24 Auch die Rechtsprechung hat stets anerkannt, dass  
25 der wirtschaftliche Wert des Ausweises einschließlich  
26 der erhöhten Parkchancen bei der Ausgestaltung der  
27 Verwaltungsgebühren ebenso wie der Verwaltungsauf-  
28 wand berücksichtigt werden kann. Auch der damalige  
29 grüne Verkehrsstaatssekretär Kirchner hatte 2017 ei-  
30 ne Erhöhung der Gebühren angekündigt. In anderen  
31 europäischen Städten kostet das Parken oft wesentlich  
32 mehr. So sind es beispielsweise in Kopenhagen 158  
33 Euro, in Amsterdam 535 Euro und in Stockholm 827  
34 Euro für einen Bewohnerparkausweis im Jahr. Auch  
35 Cottbus verlangt knapp 31 Euro im Jahr.

36  
37 In Berlin bestehen zahlreiche  
38 Flächennutzungskonflikte, die auch den öffentlichen  
39 Straßenraum betreffen. Insbesondere kollidieren  
40 Parkplätze häufig mit der Möglichkeit der Einrich-  
41 tung von Fahrradwegen oder Busspuren aber auch  
42 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder oder für die  
43 Außenbewirtschaftung von Cafés und Restaurants.  
44 Dabei ist es zur Bekämpfung des Klimawandels und  
45 zur Ermöglichung einer Verkehrswende wichtig, den  
46 umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln ausreichend  
47 Platz einzuräumen. Gemessen an Grundstückspreisen  
48 in Berlin steht der Parkraum durch die geringe  
49 Gebühr für Bewohnerparkausweise zu einem sehr  
50 niedrigen Preis zur Verfügung. Zugleich hat der  
51 motorisierte Individualverkehr einen schädlichen Ein-  
52 fluss auf die Umwelt und das Klima. Insbesondere der  
53 Parksuchverkehr führt zu einer erheblichen Störung  
54 des Verkehrsflusses, zu gefährlichen Situationen für  
55 Fahrradfahrende und zu einer Verschlechterung der  
56 Luftqualität. Die Gebührenhöhe ist eine konkrete  
57 Steuerungsmöglichkeit, um den gewünschten Effekt  
58 des Parkraummanagements zu erhöhen. Langfristig  
59 kann so auch die Zahl der Parkplätze zugunsten  
60 anderer Nutzungsmöglichkeiten reduziert werden.

61  
62 Um die Elektromobilität in Berlin zu fördern, sol-  
63 len Halter\*innen von E-Fahrzeugen von der erhöhten  
64 Gebühr für Bewohnerparkausweise weiterhin ausge-  
65 nommen werden. Elektromobilität ist ein wichtiger

1 Beitrag für bessere Luftqualität in Berlin. Frei wer-  
2 dende Parkflächen können außerdem zur Errichtung  
3 weiterer Ladestationen genutzt werden.  
4  
5 Mit der Sozialklausel soll verhindert werden, dass  
6 zukünftig Personen mit geringem Einkommen von der  
7 Möglichkeit eines eigenen Autos in der Innenstadt  
8 keinen Gebrauch mehr machen können. Als Einkom-  
9 mungsgrenze könnte beispielsweise diejenige für die  
10 künftige Grundrente herangezogen werden oder auf  
11 den Empfang von Transferleistungen abgestellt wer-  
12 den.

---

13 **A3/I/2020**  
14 **01/23 Rehberge**  
15 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
16 **schließen:**  
17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
18  
19 **Zebrastreifen um Bildungseinrichtungen**  
20 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Se-  
21 nats mögen sich dafür einsetzen, alle Ampelüberwege,  
22 die auf direktem Weg zwischen zwei Gebäuden der-  
23 selben Universität oder derselben Schule, gleich wel-  
24 cher Schulart, liegen, durch Fußgängerüberwege mit  
25 Zebrastreifen zu ersetzen, sofern die Gebäude nicht  
26 weiter als 200 Meter voneinander entfernt sind und  
27 sofern dies mit den Richtlinien für die Anlage und  
28 Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001)  
29 vereinbar ist.  
30  
31  
32 **Begründung**  
33 Die Zebrastreifen würden erst ein schnelles und  
34 sicheres Vorankommen zwischen den Standorten  
35 einer Bildungseinrichtung ermöglichen. Den An-  
36 gehörigen einer Bildungseinrichtung für die der Ort  
37 der Bildungseinrichtung ihr tägliches Umfeld ist,  
38 sollte im Straßenverkehr Vorzug gegeben werden.  
39  
40 Das trüge auch zur notwendigen stressfreien und an-  
41 genehmen Atmosphäre an Bildungseinrichtungen mit  
42 mehreren Gebäuden bei, die derzeit noch durch die  
43 Verkehrshektik und die Bevorteiligung des Autover-  
44 kehrs gestört wird.

---

45 **A5/I/2020**  
46 **01/16 Grünes Dreieck**  
47 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
48 **schließen:**  
49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
50 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
51  
52 **Einmal im Monat autofreie Kieze**  
53 Wir fordern den Bezirk Mitte auf pro Kiez oder Pro-  
54 gnoseraum einen autofreien Sonntag im Monat zu  
55 ermöglichen, damit die Bewohner\*innen des Kiezes  
56 bzw. Prognoseraums die Möglichkeit haben die Stra-  
57 ße für Aktivitäten für Austauschangebote, wie z.B.

1 gemeinsames Essen, das zelebrieren von öffentlichen  
2 Festen, wie z.B. dem Tag des guten Lebens oder  
3 Ähnlichem zu ermöglichen. Autofrei meint dabei, dass  
4 die Haupteinfahrtsstraßen in den Kiezen gesperrt wer-  
5 den sollen, so dass dort die Veranstaltungen stattfin-  
6 den können.  
7 Kommerzielle Angebote wie Flohmärkte, Food  
8 Märkte oder Ähnliches sollen nicht unter das Ange-  
9 bot der autofreien Sonntage fallen, da diese wiederum  
10 durch Lärm und Verschmutzung negative Effekte auf  
11 die Bewohner\*innen in den Kiezen haben.  
12 Wir fordern das Land Berlin auf, sich für autofreie  
13 Tage in den Bezirken einzusetzen.  
14 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf sich für die  
15 Eingrenzung von Autoverkehr in Wohngebieten ein-  
16 zusetzen.

17  
18

### 19 **Begründung**

20

21 Am 07. Juni 2020 werden in Berlin mehrere Kieze den  
22 „Tag des guten Lebens“ feiern. An diesem Tag soll  
23 verdeutlicht werden, wie viel Lebensraum durch die  
24 parkenden und fahrenden Fahrzeuge den Menschen  
25 vorenthalten wird. Dieser Freiraum wird an dem Tag  
26 genutzt und von verschiedenen Gruppen bespielt.  
27 Wir finden in Zeiten der gesellschaftlichen Verrohung,  
28 ist es ein wichtiger Aspekt die Bewohner\*innen zu  
29 empowern, Freiräume in ihren Kiezen zu nutzen und  
30 sich im öffentlichen Raum auszutauschen, der da-  
31 durch wieder lebenswerter wird.

32

---

33 **A6/I/2020**

34 **01/03 Friedrichstadt**

35 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
36 **schließen:**

37 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

38

39 **Zukunftsort Berliner Mitte: lebenswert –**  
40 **klimaresilient – gemeinwohlorientiert – ge-**  
41 **schichtsbewußt – autoarm – kulturstark**

42

43 Die Berliner Mitte ist unter Berücksichtigung der  
44 sorgfältig im Partizipationsprozess „Alte Mitte. neue  
45 Liebe“ erarbeiteten und vom Abgeordnetenhaus im  
46 Jahr 2016 beschlossenen „Bürgerleitlinien für die  
47 Berliner Mitte“ behutsam zu reurbanisieren. Hier-  
48 bei sind die Bereiche Molkenmarkt, Nikolaiviertel,  
49 Museumsinsel, Humboldtforum, Alt-Cölln, Fischer-  
50 insel, Spittelmarkt und Leipziger Straße, Unter den  
51 Linden, Spandauer Vorstadt, Alexanderplatz, Karl-  
52 Marx-Allee und Nördliche Luisenstadt konzeptionell  
53 einzubeziehen. Das Spreeufer ist, als verbindendes  
54 Element der Stadtmitte, in das Konzept mit einzu-  
55 beziehen.

56

57 **Rathaus- und Marx-Engels-Forum: Für den**  
58 **anstehenden Wettbewerb zur Gestaltung von**  
59 **Rathaus- und Marx-Engels-Forum sind – auf-**  
60 **bauend auf den zehn Bürgerleitlinien – folgen-**  
61 **de Aspekte zu berücksichtigen:**

1  
2 **Verkehr:** Der Autoverkehr ist zugunsten von  
3 Fußgängern, Radfahrer\*innen und dem öffentlichen  
4 Nahverkehr radikal auf ein Minimum zu reduzie-  
5 ren. Die Karl-Liebknecht-Straße wird je Richtung auf  
6 Tram und eine überbreite Mischspur für Bus, Taxi  
7 und notwendigen Anliegerverkehr sowie einen Rad-  
8 weg reduziert. Dies macht die Pflanzung von zwei Rei-  
9 hen Straßenbäumen möglich. Die Spandauer Straße  
10 wird eine die beiden Grünflächen verbindende Platz-  
11 fläche, die die Ausweichstrecke für die neue Tram  
12 Richtung Mühlendammbrücke aufnimmt. Die regu-  
13 läre Strecke der Tram wird über die Rathausstraße  
14 Richtung Alexanderplatz geführt. Fußgänger\*innen  
15 sollen Vorfahrt erhalten. Alle öffentlichen Flächen sol-  
16 len in vorbildlicher Weise barrierefrei gestaltet wer-  
17 den.

18  
19 **Kultur und Geschichte:** Die vorhandenen  
20 Denkmäler (auch Luther-Denkmal, Mendelssohn-  
21 Denkmal, die beiden Arbeiter vis-a-vis zum Rathaus,  
22 das Marx-Engels-Denkmal) sollen erhalten bleiben.  
23 Der Neptunbrunnen soll an seinem derzeitigen Platze  
24 erhalten bleiben. Auf dem Schlossplatz kann über  
25 einen Wettbewerb ein neuer Brunnen geschaffen  
26 werden. Zur Erinnerung an das Judenpogrom am  
27 19. Juli 1510, wo unweit der Marienkirche 38 zuvor  
28 überwiegend aus der Mark Brandenburg deportier-  
29 te Juden öffentlich hingerichtet wurden, soll ein  
30 Gedenkort vorgesehen werden.

31  
32 **Bebauung:** Westlich der Spandauer Straße kann  
33 straßenbegleitend an der Karl-Liebknecht-Straße und  
34 der Rathausstraße eine ein- bis zweigeschossige, dem  
35 Park dienende Bebauung entwickelt werden. Der Park  
36 des Marx-Engels-Forums kann hierdurch ein kontem-  
37 plativer Ort mit hoher Aufenthaltsqualität werden.

38  
39 **Klimaresilienz:** Dem prognostizierten Klimawan-  
40 del angepasst soll ein Bepflanzungskonzept mit viel  
41 Verschattung und Verdunstungsleistung entwickelt  
42 werden. Dabei werden auch Fassadenbepflanzun-  
43 gen in das Konzept aufgenommen. Die Einleitung  
44 von Regenwasser in die Kanalisation soll durch ein  
45 Verdunstungs- und Versickerungskonzept minimiert  
46 werden, das auch bei Starkregen eine Rückhaltung  
47 ermöglicht. Für die Rückseite des Humboldt-Forum  
48 ist die Idee des Humboldt-Dschungel wieder aufzu-  
49 greifen.

50  
51 **Molkenmarkt: Die durch den Bebauungsplan**  
52 **Molkenmarkt festgelegte Quartiersbildung auf**  
53 **der autobahnähnlichen Grunerstraße ist das**  
54 **bedeutendste Reurbanisierungsprojekt Ber-**  
55 **lins, dessen Umsetzung nun ansteht.**

56  
57 **Verkehr:** Der Straßenzug Mühlendammbrücke –  
58 Mühlendamm – neue Grunerstraße ist gegenüber der  
59 aktuellen Planung um eine Fahrspur auf zwei Spuren  
60 je Richtung zu verringern, auf denen auch die neue  
61 Tram fahren wird. Dies erlaubt breitere Bürgersteige  
62 und eine großzügigere Führung von Fahrradspuren.  
63 Im landeseigenen Parkhaus an der Rathauspassage  
64 soll ein Mobilitätshub für Fahrräder und Carsharing  
65 eingerichtet werden.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65

**Mühlendammbücke:** Der anstehende Wettbewerb für den Neubau der Mühlendammbücke ist ebenfalls mit einer Fahrspur je Richtung weniger vorzusehen. Statt einer Autobahnbrücke soll eine „Stadtbrücke“ entstehen.

**Kultur und Geschichte:** Die vielen geschichtlich bedeutsamen Orte, wie der Jüdenhof, die französische Kirche, das Graue Kloster und das erste Antikriegsmuseum verlangen eine umfassende Erinnerungskonzeption. Die Rückführung des Antikriegsmuseums ist ebenso zu prüfen wie eine schulische Nutzung auf dem Grundstück des Grauen Klosters.

**Grundstücksbildung, Liegenschaftspolitik und architektonische Qualität:** Um zu einer gemischt genutzten Bebauungsstruktur zu kommen, soll eine kleinteilige Grundstücksbildung vorgegeben werden, die selbstständige, architektonisch gut gestaltete Häuser möglich macht. Sofern die Häuser nicht durch städtische Gesellschaften errichtet werden, kommen entsprechend der politisch verbindlichen Liegenschaftspolitik nur Erbbaurechtsmodelle infrage. Durch eine weitere Verkehrsreduzierung soll auch entlang der Grunerstraße und des Mühlendamms Wohnen in den oberen Etagen möglich werden. Die Vergabe an Dritte soll über kleinteilige Konzeptverfahren Stiftungen und gemeinwohlorientierte Nutzungen bevorzugen. Die städtebauliche Rekonstruktion des Molkenmarktes soll auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Rathausviertels leisten. Mit dem Sitz des Regierenden Bürgermeisters, dem Stadthaus als Sitz der Innenverwaltung und des Landesdenkmalamtes, der Finanzverwaltung, dem Podewil und dem Theaterkontor an der Klosterstraße und dem Berliner Landgericht an der Littenstraße finden sich hier wichtige öffentliche und kulturelle Nutzungen, die sich mit dem neuen Molkenmarkt zu einem lebendigen Stadtviertel im Sinne der Berliner Mischung verbinden können.

**Klimaresilienz:** Retentionsdächer, Fassadenbepflanzung begrünte Innenhöfe und klimaangepasste Straßenbäume sollen einen Abfluss von Regenwasser in die Kanalisation minimieren und die Aufenthaltsqualität erhöhen.

**Leipziger Straße:** Die anstehenden Planungen haben auch auf das anschließende Wohngebiet der Fischerinsel und Leipziger Straße erheblichen Einfluss. Für die neue Tramstrecken ist die gestaltungsorientierte Variante mit einer KfZ-Spur je Richtung und einem 3 Meter breiten Fahrradstreifen vorzusehen. Damit wird auf der Nordseite eine 16 Meter breite Fläche von Charlottenstr. bis Spittelmarkt frei, auf der der „Leipziger Park“ (Arbeitstitel) angelegt werden soll. Grünfläche und Bäume sind für die derzeit schlechten klimatischen Bedingungen in der vollversiegelten Leipziger Straße besonders wichtig und verbessern zudem die Aufenthaltsqualität.

**Begründung**

1 Wachsende Städte sind eine global zu beobach-  
2 de Entwicklung – die Anziehungskraft von urba-  
3 nen Zentren ist ungebrochen. Weltweit leben bald  
4 80 % der Weltbevölkerung in Ballungsgebieten. Me-  
5 tropolregionen konkurrieren politisch und wirtschaft-  
6 lich heute mit einer Vielzahl von Nationalstaa-  
7 ten. Vergleichsweise gute Infrastruktur, kulturelle  
8 und wirtschaftliche Innovationskraft, Internationa-  
9 lität, gute Bildungsangebote und zukunftssträchtige  
10 Arbeitsplätze ziehen Menschen unterschiedlichster  
11 Kulturen und Lebensentwürfe in diese Zentren. Pro-  
12 bleme und Herausforderungen in den Metropolen und  
13 deren Lösungen sind zentrale Menschheitsfragen und  
14 prägen das Leben bereits heute.

15  
16 Stadtpolitik muss angesichts dieser Herausforderun-  
17 gen effektiv, zukunftsorientiert und auf Grundla-  
18 ge sozialer und demokratischer Rechte handeln.  
19 Bevölkerungswachstum und die notwendige Umstel-  
20 lung auf ein nachhaltiges, klimaneutrales Wirtschaf-  
21 ten sind dabei große, wenn nicht sogar *die* Herausfor-  
22 derungen für die Städte der Zukunft. Voraussetzun-  
23 gen für diese gesellschaftlichen Anstrengungen sind  
24 Stadtgesellschaften, in denen Wohlstand gerecht ver-  
25 teilt und Wohnraum bezahlbar ist, alle Menschen frei-  
26 en Zugang zu bester Bildung haben und es gute, si-  
27 chere Arbeit für alle Stadtbewohner\*innen gibt.

28  
29 Städte haben erhebliche Herausforderungen im Kli-  
30 mawandel zu bewältigen, sowohl im Hinblick auf not-  
31 wendigen Klimaschutz als auch hinsichtlich der An-  
32 passung an die Folgen des Klimawandels. Bereits heu-  
33 te sind Städte für ca. 80 % des weltweiten Energiever-  
34 brauchs und über 70 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen verant-  
35 wortlich. Einen besonders hohen Anteil daran nehmen  
36 Gebäude einschließlich der damit verbundenen Nut-  
37 zung sowie Transportsysteme ein. Auf der anderen  
38 Seite besitzen Städte durch die hohe Konzentration  
39 von Menschen, Wertschöpfung und Infrastrukturen  
40 eine hohe Vulnerabilität in Bezug auf die Folgen des  
41 Klimawandels. Städte müssen deshalb gezielt Maß-  
42 nahmen ergreifen, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermin-  
43 dern und sich den projizierten Klimaveränderungen  
44 anzupassen.

45  
46 Aus Gründen der hohen Verdichtung wie auch des  
47 Klimaschutzes muss die Mobilität in den Städten  
48 nachhaltiger gestaltet werden. Die „autogerechte  
49 Stadt“ muss in eine menschenfreundliche und nach-  
50 haltige Stadt umgebaut werden.

51  
52 Berlin und insbesondere die Berliner Mitte haben für  
53 die Erarbeitung von beispielgebenden Lösungen alle  
54 Voraussetzungen und müssen sich ihrer globalen Ver-  
55 antwortung stellen. Die Berliner Mitte kann mit ih-  
56 ren vielfältigen Möglichkeiten eine Werkstatt für die  
57 Strategien für einer lebenswerte Großstadt unter den  
58 Vorzeichen des Klimawandels sein.

59  
60 Die Gestaltung der Berliner Mitte ist dabei eine der  
61 zentralen stadtentwicklungspolitischen Herausforde-  
62 rungen für die Umsetzung der beschriebenen Ziele.  
63 Durch vielfältige Projekte werden in den nächsten  
64 Jahren die Weichen dafür gestellt, welche gesell-  
65 schaftspolitische Richtung die Großstadt Berlin –

1 ausgehend von Stadtzentrum – nimmt. Durch den  
2 Bau des Humboldtforums und die Pläne für den Be-  
3 reich rund um den Molkenmarkt wird sich der In-  
4 nenstadtbereich in seiner städtebaulichen und kultu-  
5 rellen Prägung stark verändern. Die Rückgewinnung  
6 des Rathausforums als öffentlichem Raum birgt nach  
7 Fertigstellung der U-Bahn eine weitere große Chan-  
8 ce dafür, dass die Mitte der Stadt wieder ein attrak-  
9 tiver Anziehungs- und Aufenthaltsort für die Berli-  
10 ner\*innen und Berliner wird.

11  
12 Ausgangspunkt für die hiesigen Forderungen ist der  
13 Wettbewerb für die Gestaltung des Rathaus- und  
14 des Marx-Engels-Forums, der durch die Erarbeitung  
15 der zehn Bürgerleitlinien konzeptionell gut vorberei-  
16 tet ist. Der Antrag beschränkt sich hier nur auf kleine  
17 Ergänzungen. Von grundsätzlich politischer Bedeu-  
18 tung ist allerdings die klimaresiliente Ausgestaltung  
19 und der Umgang mit dem Autoverkehr. Im Vergleich  
20 zu Städten wie Paris, Barcelona und Oslo bedarf es in  
21 Berlin noch einer strategischen Umsteuerung, die den  
22 Autoverkehr weitgehend verbannt. Dies gilt gleicher-  
23 maßen für das Molkenmarktquartier und die neu zu  
24 errichtende Mühlendammbrücke. Zum Molkenmarkt  
25 erneuert der Antrag den Willen zur Gemeinwohlori-  
26 entierung, Kleinteiligkeit und architektonischen Qua-  
27 lität. Die den städtischen Wohnungsbaugesellschaften  
28 zufallende Aufgabe des Wohnungsbaus ist unter den  
29 derzeitigen vom Senat vorgegeben Bedingungen an  
30 diesem besonderen Ort vermutlich nicht zu erbrin-  
31 gen. Hier bedarf es einer Anpassung des Handlungs-  
32 rahmens.

33  
34 **Leitlinie 1** Die Berliner Mitte ist ein Ort für alle,  
35 an dem vielfältige Nutzungen möglich sind. Berli-  
36 ner\*innen und Besucher\*innen können hier abwechs-  
37 lungsreiche und offen zugängliche Angebote nutzen.

38  
39 **Leitlinie 2** Die Geschichte der Berliner Mitte  
40 wird zukünftig besser sicht- und erlebbar gemacht.  
41 Durch abwechslungsreiche Erinnerungselemente wird  
42 die vielfältige und vielschichtige Historie des Ortes  
43 verdeutlicht.

44  
45 **Leitlinie 3** Die Berliner Mitte, insbesondere der  
46 Platz vor dem Berliner Rathaus, öffnet sich als Ort  
47 der Demokratie für politische Debatten.

48  
49 **Leitlinie 4** Die Berliner Mitte ist ein Ort der Kul-  
50 tur und Kreativität. Vielfältige, auch experimentelle  
51 Kunstformen ermöglichen abwechslungsreiche Erleb-  
52 nisse und einen inspirierenden Aufenthalt.

53  
54 **Leitlinie 5** Die Berliner Mitte bleibt ein öffentlicher,  
55 grundsätzlich nicht-kommerzieller Ort.

56  
57 **Leitlinie 6** Die Berliner Mitte dient als „Grüne Oa-  
58 se“ der Erholung, der Nachhaltigkeit und dem Stadt-  
59 klima. Der heutige Anteil an Grünflächen soll nicht  
60 verringert werden. Die Grünflächen werden aufgewer-  
61 tet, ansprechend gestaltet und gepflegt.

62  
63 **Leitlinie 7** Die Berliner Mitte wird verkehrsberuhigt.  
64 Sie wird leiser. Auch wird sie zukünftig besser mit den  
65 umliegenden Stadtvierteln vernetzt.

1  
2 **Leitlinie 8** In der Berliner Mitte wird die Nähe zum  
3 Wasser spürbar. Das Spreeufer wird für den Aufent-  
4 halt geöffnet, die Wasserkaskaden am Fernsehturm la-  
5 den auch zukünftig zum Verweilen ein.  
6  
7 **Leitlinie 9** Die Sichtbeziehungen zwischen Fernsehturm  
8 und Spree sowie Berliner Rathaus und Marien-  
9 kirche bleiben erhalten und werden weiterentwickelt.  
10  
11 **Leitlinie 10** Die Berliner Mitte wird beständig wei-  
12 terentwickelt. Durch flexible und temporäre Nutzun-  
13 gen bleibt der Ort zukunftsfähig und dynamisch.  
14  
15 **Urheber\*innen:** Redaktionsgruppe aus den Abtei-  
16 lungen 1, 2, 3 und 4 der SPD Berlin Mitte sowie dem  
17 Arbeitskreis Soziale Stadt der SPD Berlin Mitte

---

18 **A7/I/2020**  
19 **01/16 Grünes Dreieck**  
20 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
21 **schließen:**  
22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
23 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
24  
25 **Verknappung von Wohnraum durch Umwand-**  
26 **lung von Mietwohnungen in Wohneigentum**  
27 **wirksam verhindern!**  
28  
29 Wir fordern, die Aufteilung und Umwandlung von  
30 Mietshäusern in Eigentumswohnungen bis auf wenige  
31 unabwendbare Einzelfälle zu reduzieren.  
32  
33 Zu diesem Zweck soll die häufig genutzte Ausnahme-  
34 regelung des §172 Abs.4 Nr. 6 BauGB, die es Ei-  
35 gentümer\*innen in sozialen Erhaltungsgebieten er-  
36 laubt, auch in Milieuschutzgebieten Mietwohnun-  
37 gen in Eigentumswohnungen aufzuteilen, sofern das  
38 Wohneigentum danach für sieben Jahre nur den Mie-  
39 ter\*innen angeboten wird, endlich ersatzlos gestri-  
40 chen werden.  
41  
42 Für alle anderen Ausnahmeregelungen des §172 soll,  
43 um eine Aufteilung in Einzeleigentum zu verhindern,  
44 ein Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand eingeführt  
45 werden. Das gilt auch für Bauten, die bisher nicht  
46 als Wohnraum vorgesehen waren.  
47  
48 Die zeitliche Befristung für Rechtsverordnungen zum  
49 Genehmigungsvorbehalt bei Umwandlungen (§ 172  
50 Abs.1 Satz 4 BauGB) von fünf Jahren soll durch eine  
51 deutlich längere Geltungsdauer ersetzt werden.  
52  
53 Da Kapitalverwerter bei bestehenden Milieuschutz-  
54 gebieten in nicht geschützte Nachbarregionen auswei-  
55 chen, soll der Milieuschutz auf das gesamte Stadtge-  
56 biet ausgedehnt werden.  
57  
58 Für sämtliche Einzelfälle, in denen recht-  
59 lich eine Umwandlung von Mietwohnungen in  
60 Wohneigentum unabwendbar bleibt, ist die  
61 Kündigungssperrfristverordnung dahingehend zu

1 ändern, dass eine Kündigung wegen Eigenbedarfs  
2 oder Hinderung an wirtschaftlicher Verwertung für  
3 mindestens 20 Jahre ausgeschlossen bleibt.

4  
5 Ebenfalls ist darauf hinzuwirken, im Mietrecht die  
6 Kündigungsfristen bei Eigenbedarfskündigungen in  
7 allen Fällen deutlich zu verlängern und zwar auf min-  
8 destens 24 Monate. Die Regelung soll für alle Miet-  
9 verhältnisse gelten, unabhängig davon, wie lange das  
10 Mietverhältnis bereits besteht und unabhängig da-  
11 von, ob die Wohnung vor oder nach der Umwandlung  
12 in Eigentum vermietet worden ist. Sofern an anderer  
13 Stelle unter bestimmten Bedingungen weitergehende  
14 Regelungen existieren, sollen diese weiter zur Anwen-  
15 dung kommen.

16  
17 Außerdem fordern wir die sozialdemokratischen Ab-  
18 geordneten des Abgeordnetenhauses, des Berliner Se-  
19 nats und des Bundestages auf, sich für gesetzliche  
20 Regelungen einzusetzen, die Verbote der Aufteilung  
21 und Umwandlung von Mietshäusern in Eigentums-  
22 wohnungen auch außerhalb von Milieuschutzgebieten  
23 ermöglichen. Dabei soll auf Ausnahmeregelungen, die  
24 hinter die Regeln zurückfallen, die wir oben für die  
25 sozialen Erhaltungsgebiete vorgeschlagen haben, ver-  
26 zichtet werden.

27

28

## 29 **Begründung**

30

31 Die Aufteilung und Umwandlung von Mietshäusern  
32 in Eigentumswohnungen ist primär ein Werkzeug zur  
33 Befriedigung von Profitinteressen Einzelner gegen die  
34 Interessen der bisherigen Bewohner\*innen, die durch  
35 ihre Mietzahlungen den Erwerb und die Instand-  
36 haltung der Immobilien jahrelang finanziert haben.  
37 Zusätzlich stellen wir fest: Jedes Mietverhältnis stillt  
38 Bedürfnisse der Daseinsvorsorge und gehört beson-  
39 ders geschützt. Die Interessen einer weitergehenden,  
40 ausschließlich Profitinteressen untergeordneten wirt-  
41 schaftlichen Verwertung haben hinter der bedarfsge-  
42 rechten Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum  
43 und dem Gemeinwohl zurückzutreten.

44

45 Der Versuch, die zunehmende Privatisierung und da-  
46 mit Verknappung von Wohnraum für breite Schichten  
47 der Bevölkerung zu verhindern, ist bisher weitgehend  
48 erfolglos geblieben.

49

50 So wurden im Jahr 2018 in Berlin ca. 13.000 und im  
51 Jahr 2017 ca. 16.500 Mietwohnungen in Eigentums-  
52 wohnungen umgewandelt. Das zeigt, dass die bishe-  
53 rigen gesetzlichen Regelungen nicht ausreichend sind,  
54 um das Problem der Umwandlungen zu lösen.

55

56 Hierbei muss konstatiert werden, dass sich das Regu-  
57 lierungsinstrument des Milieuschutzgebiets nicht als  
58 ausreichend erwiesen hat, um die Umwandlung von  
59 Wohnungen zu verhindern. In den Jahren 2017 und  
60 2018 sind durch Umwandlungen 12.921 Wohnungen in  
61 Milieuschutzgebieten dem Mietwohnungsmarkt ent-  
62 zogen worden.

63

64 Insbesondere der Vergleich zwischen neugebauten  
65 und umgewandelten Wohnungen zeigt, die mangelnde

1 Wirksamkeit des Instruments. Im Jahr 2017 wurden  
2 15.669 Wohnungen neu gebaut und 16.548 Wohnun-  
3 gen umgewandelt. Im Jahre 2018 ergab der Neubau  
4 16.706 Wohnungen, 12.800 Wohnungen wurden um-  
5 gewandelt.  
6

7 **A8/I/2020**

8 **SPDqueer**

9 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
10 **schließen:**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12

13 **Erhalt von Clubkultur und Orten der Vielfalt**  
14 **und Toleranz in der Innenstadt**

15 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-  
16 tenhauses und die SPD Mitglieder im Senat von Ber-  
17 lin setzen sich dafür ein, noch in der aktuellen Legis-  
18 laturperiode eine Koordinierungsstelle für die Club-  
19 landschaft in Berlin einzurichten. Diese Stelle soll  
20 als Ansprechpartner, Frühwarnsystem und Vermitt-  
21 ler zwischen Hauptverwaltungen, Bezirksämtern und  
22 den Clubs dienen.

23

24

25 **Begründung**

26

27 Die Berliner Clublandschaft musste sich in den ver-  
28 gangenen Jahren aufgrund nicht verlängerter Miet-  
29 verträge oder nicht bezahlbarer Mieterhöhungen von  
30 einigen „Institutionen des Nachtlebens“ verabschie-  
31 den. Hierzu zählen das historische Knaack, der Bas-  
32 sy Club, das White Trash, das Chalet und der Arena  
33 Club. Die Zukunft des Sage/KitKat, des About Blank  
34 und der Griessmühle ist sehr ungewiss. Hierbei sind  
35 nicht selten Orte gelebter Toleranz und queeren Le-  
36 bens von der Verdrängung betroffen.

37

38 Berlin ist aber sexy wegen seiner Clubs und auch welt-  
39 weit ein Beispiel für lebendige Clubkultur und Frei-  
40 heit. Jeden dritten Berlin-Touristen zieht es wegen  
41 unseres Nachtlebens in die Stadt. Sie erleben hier die  
42 Vielfalt der Clubs und Szenen, Kulturen und Nach-  
43 barschaften, für die wir kämpfen und uns stark ma-  
44 chen.

45 **A9/I/2020**

46 **01/16 Grünes Dreieck**

47 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
48 **schließen:**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50

51 **Für ein Sperrmüllkonzept für Berlin**

52 Die Mitglieder sozialdemokratischen Mitglieder im  
53 Senat und im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,  
54 gemeinsam mit der BSR an einem modernen Konzept  
55 zur Sperrmüllentsorgung – und -vermeidung zu arbei-  
56 ten.

57

1  
 2 Dieses soll eine (zumindest teilweise) kostenlose Ab-  
 3 holung von Sperrmüll für Privathaushalte, zum Bei-  
 4 spiel durch Gutscheine oder eine Wiedereinführung  
 5 von zentralen Sperrmüllabholungen beinhalten. Das  
 6 Konzept soll bis zum Ende der Legislaturperiode er-  
 7 arbeitet werden.

8  
 9  
 10 Zeitgleich soll die Entsorgung über Recyclinghöfen  
 11 kundenfreundlicher gestaltet werden. Dazu sollen  
 12 die Recyclinghöfe an mindestens einem Tag der  
 13 Woche lange geöffnet sein (bspw. 21:00 Uhr),  
 14 die Öffnungszeiten an Samstagen sollen an die  
 15 verlängerten Ladenöffnungszeiten angepasst wer-  
 16 den. Recyclinghöfe haben alle Produkte, z.B. Farbe,  
 17 Holz, Haushaltsgeräte von Privatpersonen in haus-  
 18 haltüblichen Mengen anzunehmen, sofern dies keine  
 19 massiven baulichen Nachbesserungen erfordert.

20  
 21  
 22 Des Weiteren soll mit Hilfsorganisationen und Pro-  
 23 jekten Ideen und Konzepte zur Vermeidung von  
 24 Sperrmüll, durch Weitergabe und/oder Upcycling ge-  
 25 klärt werden.

26  
 27  
 28 **Begründung**

29  
 30 Wenn Berlin Sperrmüll auf den Straßen vermeiden  
 31 will, brauchen wir ein neues Konzept für unsere  
 32 Stadt. Dabei müssen wir sowohl die Abholung neu  
 33 regeln, um zu vermeiden, dass Möbel, Geräte usw.  
 34 auf der Straße landen. Auch das Wegbringen von  
 35 Sperrmüll muss im Zuge dessen erleichtert werden,  
 36 indem wir den Service der Recyclinghöfen erhöhen.

37  
 38 Gerade in einer modernen Stadt wie Berlin, in der im-  
 39 mer weniger Haushalte über ein Auto verfügen, muss  
 40 es möglich sein, einfach und unkompliziert Sperrmüll  
 41 zu entsorgen.

42  
 43 Gleichzeitig sollte Ressourcenschonung Ziel unserer  
 44 Stadt sein! Zusammen mit BSR sowie Trägern und  
 45 Hilfsprojekten soll daran gearbeitet werden, Müll zu  
 46 vermeiden und Müll als Ressource zu betrachten, der  
 47 als wertvoller Rohstoff zu re – oder upcyclen ist und  
 48 so als neues Produkt verkauft werden kann.

---

49 **A10/I/2020**

50 **ASF**

51 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
 52 **schließen:**

53 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

54  
 55 **Digital Empowerment für geflüchtete Frauen!**

56 Die SPD Mitte fordert die sozialdemokratischen Mit-  
 57 glieder im Abgeordnetenhaus und im Senat auf, sich  
 58 im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit dafür ein-  
 59 zusetzen, dass die Förderung des Projekts „Digital  
 60 Empowerment“ mit zusätzlichen finanziellen Ressour-  
 61 cen aufgestockt wird, um die Arbeitsmarktintegrati-

1 on von geflüchteten Frauen in Berlin bedarfsgerecht  
2 zu fördern.

3

4

#### 5 **Begründung**

6

7 „Digital Empowerment“ wurde bisher im Rahmen des  
8 Masterplans für Integration und Sicherheit vom Senat  
9 mit einer Projektförderung unterstützt.

10 Das Ziel des Projekts ist es, geflüchtete Frauen,  
11 mit Hilfe verschiedener Module Zugang zu digita-  
12 ler Basis-Medien-/IT-Technik zu verschaffen und zu-  
13 gleich Sprachkompetenzen zu vermitteln.

14 Dabei können die Frauen eine Einführung in PC und  
15 Internet bekommen, Dokumente mit dem Smartpho-  
16 ne scannen, versenden und auf einen Rechner laden  
17 zum Ausdrucken oder Weiterbearbeiten oder ein E-  
18 Mail-Konto einrichten. Sie lernen Sprachlern-Apps  
19 oder Online-Deutschkurse kennen, auch für Analpha-  
20 betinnen gibt es Angebote. Anleitung bei der Inter-  
21 netrecherche und andere Medienkompetenzen dienen  
22 auch der Erschließung existierender Online-Angebote  
23 rund um existenziell wichtige Themen wie Asylrecht,  
24 Aufenthaltsstatus, Wohnen, Jobcenter, Bildung oder  
25 Arbeit. Das niedrigschwellige und real nutzbare An-  
26 gebot hat den Zugang der Zielgruppe geflüchteter  
27 Frauen zu digitaler Mediennutzung geöffnet bzw. er-  
28 weitert. Seit Projektstart im Herbst 2016 wurden  
29 über 300 geflüchtete Frauen aus 19 Ländern erreicht,  
30 die gemeinsam gelernt haben. Nach einer Modellpha-  
31 se des Projekts soll das Angebot verstetigt werden.  
32 Der ursprüngliche Ansatz, Ehren- oder Hauptamtli-  
33 che oder Geflüchtete für das IT-Training zu quali-  
34 fizieren, scheiterte an den geringen personellen Res-  
35 sourcen der Unterkünfte und der hohen Fluktuation  
36 des Hauptamts sowie der Bewohnerinnen. Die Anfor-  
37 derungen an diese Aufgabe, einen niedrigschwelliges  
38 und binnendifferenziertes Angebot für diese Zielgrup-  
39 pe durchzuführen, sind hoch und bedürfen intensiver  
40 Begleitung und Betreuung der Teilnehmerinnen und  
41 der Durchführenden. Dazu kommen die technische  
42 Betreuung und Wartung der Computerräume, die die  
43 Kapazitäten vieler Unterkünfte schnell übersteigen.  
44 Nach wie vor sind nicht in allen Unterkünften Com-  
45 puterräume vorhanden, von festen Zeiten nur für  
46 Schulungen ganz zu schweigen. Der aktuell geltende  
47 Schlüssel von einem Rechner pro 100 Bewohner\*innen  
48 ist nicht ausreichend. Jedoch reicht die alleinige Be-  
49 reitstellung der technischen Infrastruktur nicht aus:  
50 Die Medienkompetenzen und „*Digital Kenntnisse*“  
51 sind Schlüsselkompetenzen in unserer hochvernetzten  
52 Welt, so dass ihrer Vermittlung höchste Wichtigkeit  
53 bei der Teilhabe und Mitgestaltung unserer Gesell-  
54 schaft beigemessen werden muss. Medienkompetenz-  
55 trainings in Unterkünften sind deshalb für die Inte-  
56 gration von geflüchteten Frauen und Männern unbe-  
57 dingt förderungswürdig.

58 Bisher wurde das Digital Empowerment aufgrund  
59 der begrenzten finanziellen Ressourcen nur für ei-  
60 ne begrenzte Anzahl an geflüchteten Frauen ange-  
61 boten. Geflüchteten Frauen wollen lernen und arbei-  
62 ten, um sich und ihren Kindern ein besseres Leben zu  
63 ermöglichen.

64 Um die Arbeitsmarktintegration der geflüchteten  
65 Frauen in Berlin bedarfsgerecht zu fördern, sollte das

- 1 Projekt „Digital Empowerment“ mit zusätzlichen fi-
- 2 nanziellen Ressourcen aus dem Masterplan für Inte-
- 3 gration und Sicherheit aufgestockt werden.

4 **A11/I/2020**

5 **01/16 Grünes Dreieck**

6 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**

7 **schließen:**

8 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

9 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Integration von Geflüchteten durch eine besse-**

12 **re Arbeitsvermittlung voranbringen und nach-**

13 **haltig gestalten!**

14 Wir fordern:

15 1. Die Maßnahmen des Jobcenters müssen passend

16 zur Sprach- und Berufsqualifikation der jobsuchen-

17 den Personen sein. Ausländische Berufsabschlüsse sol-

18 len bei der Vermittlung stärker berücksichtigt werden

19 sowie deren formale Anerkennung soll beschleunigt

20 und erleichtert werden, damit die Menschen nicht in

21 prekären Jobs landen. Nötige Zusatzkurse zur Aner-

22 kennung von ausländischen Berufsabschlüssen sollen

23 vom Jobcenter finanziert werden.

24 2. Die Maßnahmen des Jobcenters müssen gemäß

25 den Berufsabschlüssen und dem Jobmarkt sinnvoll

26 und zielgerichtet sein und dürfen keine Pseudo-

27 Beschäftigung darstellen. Alle angebotenen Maßnah-

28 men sollen von einer unabhängigen Stelle auf ihre

29 Zweckmäßigkeit kontrolliert werden. Das Feedback

30 der an den Maßnahmen teilnehmenden Personen ist

31 dabei zu berücksichtigen.

32 3. Jobsuchende sollen nicht unter ihrer Qualifikation

33 vermittelt werden. Sollte dem Jobsuchenden auf ab-

34 sehbarer Zeit keine adäquate Stelle zur Verfügung ste-

35 hen, sollte das Jobcenter den Arbeitssuchenden dabei

36 unterstützen, einen neuen Beruf zu erlernen.

37 4. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcen-

38 ter müssen besser qualifiziert und unbefristet einge-

39 stellt werden.

40 5. Die Vermittlung in Ausbildung insbesondere bei

41 Berufen in denen Fachkräftemangel herrscht, soll

42 schneller und einfacher ermöglicht werden.

43 6. Der Mindestlohn in Deutschland soll auf min-

44 destens 12 Euro ohne Ausnahmen angehoben werden.

45

#### 46 **Begründung**

47

48 Die Integration in den Jobmarkt ist ein wichtiger

49 Schritt für die Integration von geflüchteten Menschen

50 in unsere Gesellschaft. Ein Job bietet im besten Fall

51 finanzielle Unabhängigkeit, langfristige Perspektiven

52 und Kontakte zu Alteingesessenen auf Augenhöhe.

53 Allerdings werden immer wieder Fälle bekannt, in-

54 dem geflüchtete Menschen in Deutschland weit unter

55 ihren ausländischen Berufsabschlüssen arbeiten, ob-

56 wohl sie gute Qualifikationen für gesuchte Jobprofile

57 mitbringen. Dies ist frustrierend und mindert die In-

58 tegration. Viele Jobsuchende landen zudem in Maß-

59 nahmen des Jobcenters, die aus Sicht der Teilneh-

60 menden keinen Sinn und keine Perspektiven für ei-

61 ne gute Berufsqualifikation bieten. Es wurden in der

1 Presse Fälle genannt, in denen die Organisationen,  
2 die Maßnahmen anbieten, nur die Unterschriften der  
3 Teilnehmenden einsammeln und diese nicht an den  
4 Kursen teilnehmen. Solche Maßnahmen werden oft  
5 von beiden Seiten als sinnlos empfunden werden. Die-  
6 se „Pseudo“-Kurse zahlt der Steuerzahler. Dies ist  
7 nicht zielführend und muss verhindert werden. Nach-  
8 haltiger wäre es den Jobsuchenden eine qualitative  
9 Ausbildung anzubieten, um ihnen eine Perspektive zu  
10 bieten.

11  
12 Viele geflüchtete Menschen landen in prekären Jobs,  
13 die mit dem Mindestlohn vergütet werden. Zum Jah-  
14 resbeginn ist der Mindestlohn in Deutschland auf 9,35  
15 Euro pro Stunde gestiegen. Damit liegt die Lohnun-  
16 tergrenze auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau:  
17 In einer Rangliste von sieben westeuropäischen Staa-  
18 ten mit einem gesetzlichen Mindestlohn liegt Deutsch-  
19 land auf dem letzten Platz. Das geht aus einer Stu-  
20 die des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen In-  
21 stituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-  
22 Stiftung hervor. Gewerkschaften fordern hingegen die  
23 Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, um vor Ar-  
24 mut , besonders im Rentenalter, besser geschützt zu  
25 sein.

---

26 **A12/I/2020**

27 **01/16 Grünes Dreieck**

28 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
29 **schließen:**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

32

33 **Umfassende Maßnahmen gegen Muslim-**  
34 **feindlichkeit und die Unterstützung von**  
35 **Betroffenen fördern**

36

37

38 Wir fordern:

39 1. Die Landesfraktion der SPD Berlin setzt sich  
40 dafür ein, dass die im Landesantidiskriminierungsge-  
41 setz (LADG) vorgesehenen Weiterbildungen zu Di-  
42 versity Kompetenz und Diskriminierungsschutz für  
43 alle Bediensteten und Angestellten im öffentlichen  
44 Dienst verpflichtend werden. Das Thema Muslim-  
45 feindlichkeit und der Schutz von Betroffenen soll bei  
46 den Weiterbildungen inhaltlicher Bestandteil sein.

47

48 2. Die SPD Mitte geht mit gutem Beispiel voran und  
49 bietet interessierten Mitgliedern Weiterbildungskur-  
50 se zum Thema Muslimfeindlichkeit und Diskriminie-  
51 rungsschutz an und macht diese für Abteilungsvorsit-  
52 zende und die Mitglieder des Kreisvorstands verpflich-  
53 tend. Die SPD Mitte beteiligt sich jährlich mit Ak-  
54 tionen am Aktionstag gegen antimuslimischen Ras-  
55 sismus am 01. Juli.

56

57 3. Die Landesfraktion der SPD Berlin setzt sich  
58 dafür ein, dass es mehr niedrigschwellige und un-  
59 abhängige Beratungen für Betroffene, vor allem für  
60 Schüler\*innen, gibt. Hierfür sollen Beratungsstel-  
61 len finanziell und personell gestärkt werden. Jede\*r

1 Schüler\*in soll – am besten durch eine persönliche  
2 Ansprache – darüber informiert werden, wann und  
3 wo er eine Beratung in Anspruch nehmen kann.

4  
5 4. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein,  
6 dass präventive Maßnahmen (z.B. Kampagnen und  
7 Projekte) von Vereinen und Organisationen, die Vor-  
8 urteilen und Hass auf Muslim\*innen vorbeugen oder  
9 und Muslim\*innen in unserer Gesellschaft in ihrer Di-  
10 versität sichtbar machen, langfristig mit den not-  
11 wendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.  
12 Die SPD unterstützt hierfür die Idee eines Demokra-  
13 tieförderungsgesetzes.

14  
15 5. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich für eine\*n  
16 Bundesstaatssekretär\*in für Anti-Rassismus und An-  
17 tidiskriminierung ein. Dieser soll mit den erforderli-  
18 chen Befugnissen und finanziellen Mitteln ausgestat-  
19 tet sein, um entschlossen gegen jegliche Art von Dis-  
20 kriminierung und Rassismus, auch Antimuslimischen  
21 Rassismus, in unserer Gesellschaft vorzugehen.

22  
23 6. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein,  
24 dass muslimische Einrichtungen, z.B. durch dauerhaf-  
25 ten Polizeischutz und finanzieller Unterstützung für  
26 Sicherheitsmaßnahmen, vor möglichen Angriffen aus-  
27 reichend geschützt werden.

28  
29

### 30 **Begründung**

31

32 In Berlin leben etwa 6 Prozent Musliminnen und sind  
33 somit auch ein großer Teil der Bevölkerung. Diverse  
34 Umfragen und Studien belegen, dass sich islamfeind-  
35 liche und antimuslimische Einstellungen in Deutsch-  
36 land seit Jahren auf einem hohen Niveau bewegen:  
37 2015 sagten 57 Prozent der nicht-muslimischen Be-  
38 fragten einer Studie der Bertelsmann Stiftung, dass  
39 sie den Islam für bedrohlich oder sehr bedrohlich hal-  
40 ten. 2016 wurde im Rahmen der Leipziger Mit-  
41 Studie festgestellt, dass sich jede\*r zweite Befragte  
42 durch Muslim\*innen manchmal „wie ein Fremder im  
43 eigenen Land“ fühlt (2009 noch 32,3 Prozent) und  
44 41,4 Prozent sich dafür aussprechen, Muslim\*innen  
45 die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen  
46 (2009 noch 25 Prozent). Muslim\*innen werden offen  
47 als „Problemgruppe“ wahrgenommen – antimuslimi-  
48 sche Ressentiments kommen dabei auch aus der Mitte  
49 der Gesellschaft.

50

51 Jegliche Form von Muslimfeindlichkeit kann dazu  
52 führen, dass sich Muslim\*innen sich aus der Gesell-  
53 schaft zurückziehen und sich nicht als Teil der Gesell-  
54 schaft betrachten. Wir als SPD sollten zeigen, dass  
55 Muslim\*innen dazugehören – und sie gegen jegliche  
56 Form von Diskriminierung schützen. Wir kämpfen für  
57 Toleranz, Akzeptanz und Freiheit. Aus diesem Grund  
58 muss sich die SPD als politische Kraft dafür einsetzen,  
59 das Engagement gegen Muslimfeindlichkeit auszubau-  
60 en – und das bereits vorhandene Netzwerk an Initiati-  
61 ven und Projekten zu unterstützen. Dabei geht es vor  
62 allem darum, dass sich Muslim\*innen ohne Angst vor  
63 Diskriminierung frei bewegen und am gesellschaftli-  
64 chen Leben teilnehmen können.

65

1 Zu 1: Bedienstete des öffentlichen Dienstes re-  
 2 präsentieren Berlin und sollten alle Berliner\*innen  
 3 gleichbehandeln. Ungleichbehandlung von Menschen,  
 4 u.a. Muslim\*innen, führen zu Misstrauen in staatli-  
 5 che Institutionen und die Politik. Erfahrungen aus  
 6 der Anti-Rassismuarbeit zeigen, dass Weiterbildun-  
 7 gen zum Thema Antidiskriminierung von vielen Wei-  
 8 ßen Menschen als Stigma wahrgenommen werden und  
 9 sie diesen oft ablehnend gegenüberstehen. Es ist da-  
 10 von auszugehen, dass freiwillige Weiterbildungen zur  
 11 Antidiskriminierung überwiegend von Personen wahr-  
 12 genommen werden, die sich bereits selbstkritisch mit  
 13 dem Thema auseinandersetzen und diese als Pro-  
 14 fessionalisierung der eigenen Kompetenzen wahrneh-  
 15 men. Für das Ziel eines diskriminierungssensiblen  
 16 öffentlichen Diensts sollten sich aber ausnahmslos alle  
 17 Bediensteten entsprechend qualifiziert sein.

18  
 19 Zu 2: Am 1. Juli 2009 wurde im Landgericht Dres-  
 20 den Marwa El-Sherbini ermordet. Der Mord an der  
 21 schwangeren, 32-jährigen Pharmazeutin aus Ägypten,  
 22 war antimuslimisch motiviert und wurde auch inter-  
 23 national zum Symbol dafür, was Islamfeindlichkeit für  
 24 Folgen haben kann. Als internationaler Tag gegen an-  
 25 timuslimischen Rassismus steht der 1. Juli seitdem  
 26 dafür, entschieden für eine solidarische, demokrati-  
 27 sche, freiheitliche und multireligiöse Gesellschaft ein-  
 28 zutreten.

29  
 30 Zu 3: Durch das Abhängigkeitsverhältnis zwischen  
 31 Schüler\*innen und Lehrer\*innen wiegen Diskriminie-  
 32 rungen von Seiten der Lehrkräfte besonders schwer.  
 33 Vertrauenslehrer\*innen reichen hier nicht aus, denn  
 34 ist das Vertrauen in das System Schule durch Dis-  
 35 kriminierungserfahrungen erst einmal erschüttert,  
 36 wenden sich Schüler\*innen auch nicht mehr an  
 37 den/die Vertrauenslehrer\*innen. Es braucht daher  
 38 unabhängige Beratungsstellen, die die Schüler\*innen  
 39 und ihre Eltern ohne große Hürden aufsuchen können.

40  
 41 Zu 4  
 42 Projekte, die sich für Anti-Rassismuarbeit und Anti-  
 43 Diskriminierung einsetzen, sollten nicht unter einem  
 44 finanziellen und existenzgefährdenden Druck stehen.  
 45 Die Vereine und Organisationen müssen über lange  
 46 Zeiträume planen können und Handlungsspielräume  
 47 haben, um ihre Arbeit langfristig auszuüben – nur  
 48 so können sie effektiv und ganzheitlich wirken. Bei  
 49 der finanziellen und politischen Unterstützung sollten  
 50 die betroffenen Vereine möglichst wenig Bürokratie  
 51 bewältigen müssen, um mehr Zeit in ihre aktive Ar-  
 52 beit mit Bürge\*innen zu haben. Präventionsarbeit  
 53 muss auch von der Bundesregierung stark gefördert  
 54 werden, damit rassistisches und antidiskriminierendes  
 55 Gedankengut gar nicht erst entstehen kann und somit  
 56 auch kein Nährboden für Übergriffe, Gewalt und Dis-  
 57 kriminierung geliefert wird.

58  
 59 Zu 5.  
 60 Wir brauchen eine\*n Bundesstaatssekretär\*in für  
 61 Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung, weil die  
 62 Bundesregierung auch nach außen hin sichtbar ma-  
 63 chen muss, wie wichtig die Arbeit im Bereich Anti-  
 64 Diskriminierung und Anti-Rassismus ist. Ein solcher  
 65 Posten ist nicht nur mit zusätzlichen finanziellen Mit-

1 teln verbunden, sondern hat auch eine repräsentative  
 2 Funktion für die Menschen und Organisationen, die  
 3 sich täglich mit dieser Arbeit auseinandersetzen. Mit  
 4 einem solche\*n Staatssekretär\*in haben sie einen An-  
 5 ker in die Bundesregierung – und einen echten An-  
 6 sprechpartner, der gleichzeitig auch eine politische  
 7 Funktion hat. Wir glauben, dass dies ein wichtiges  
 8 Zeichen ist, um eine Sichtbarkeit für den gesamten  
 9 Themenkomplex zu erhöhen. Dieser Staatssekretär  
 10 würde sich im Allgemeinen für Anti-Diskriminierung  
 11 einsetzen – das schließt Anti-Muslimischen Rassis-  
 12 mus, aber auch Anti-Semitismus – und jede andere  
 13 Form von Rassismus und Diskriminierung mit ein.

14  
 15 Zu 6: Muslimische Einrichtungen sind immer wieder  
 16 Ziele muslimfeindlicher Attentate. Die Festnahme ei-  
 17 ner rechtsextremen 12-köpfigen Terrorgruppe im Fe-  
 18 bruar 2020, die mehrere Anschläge auf Moscheen ge-  
 19 plant haben soll, zeigt erneut, wie dringend der Hand-  
 20 lungsbedarf ist. Muslimische Einrichtungen und Mus-  
 21 lim\*innen müssen stärker geschützt werden.

22 **A13/I/2020**

23 **01/04 Friedrichstadt**

24 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
 25 **schließen:**

26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27

28 **Sichere Entsorgung von Spritzbesteck erleich-**  
 29 **tern**

30 In Berlin sollen an bekannten Hotspots für Drogen-  
 31 konsum in der Öffentlichkeit mehr Behälter für die  
 32 sichere Entsorgung von benutzten Utensilien der Dro-  
 33 genkonsumierenden aufgestellt werden.

34 Zudem sollen alle Fahrzeuge und mobilen Einheiten  
 35 von Polizei, Grünflächenämtern, Ordnungsämtern  
 36 und der Stadtreinigung mit portablen Werkzeugen  
 37 zur sicheren Beseitigung von benutzten Drogenu-  
 38 tensilien ausgestattet werden. Darüber hinaus soll  
 39 öffentlichen Einrichtungen, Gewerbetreibenden und  
 40 privaten Haushalten unkompliziert ermöglicht wer-  
 41 den, kostenfrei ein entsprechendes Set zu erhalten.  
 42 Zu diesen Sets gehören insbesondere Greifzangen,  
 43 (stichsichere) Handschuhe, spezielle Entsorgungs-  
 44 behältnisse und immer eine Gebrauchsanleitung zum  
 45 sicheren Umgang mit benutzten Drogenutensilien  
 46 und deren gefahrenfreie Entsorgung.

47

48 **Begründung**

49

50 In Berlin werden täglich zahlreiche sogenannte har-  
 51 te Drogen konsumiert. Viele Konsumierende befin-  
 52 den sich dabei auch im öffentlichen Raum und hin-  
 53 terlassen dort ihre Utensilien (zum Beispiel „Spritz-  
 54 besteck“ inklusive Löffel, Einweghandschuhe, bluti-  
 55 ge Taschentücher oder Tupfer) – auch mangels ge-  
 56 eigneter Entsorgungsmöglichkeiten. Von gebrauchten  
 57 Drogenutensilien können Gefahren für die Gesund-  
 58 heit ausgehen, insbesondere da anhaftende Blutreste  
 59 Krankheitserreger enthalten können. Daher soll die  
 60 sichere Entsorgung seitens der Konsumierenden, aber  
 61 auch durch Menschen die diese Gegenstände gefunden

1 haben bzw. bei denen diese gemeldet wurden, erleich-  
2 tert werden.  
3  
4 Bislang ist die Praxis in einzelnen Bezirken oder Ein-  
5 heiten der Polizei sehr unterschiedlich, wie nach dem  
6 Fund oder der Meldung eines Fundes durch Anwoh-  
7 ner\*innen mit diesen Utensilien verfahren wird und  
8 wie schnell diese entsorgt werden. In einigen Bezir-  
9 ken wird eine längere bürokratische Kette in Gang  
10 gesetzt, bei der unterschiedliche Behörden zusammen-  
11 wirken müssen und bei der teilweise viele Stunden bis  
12 Tage vergehen, bis die gebrauchten Drogenutensilien  
13 sicher entsorgt werden. In anderen Bezirken wiederum  
14 ist es üblich, dass mobile Einheiten der Behörden mit  
15 dem entsprechenden Werkzeug ausgestattet sind und  
16 eine sichere Entsorgung zeitnah selbst durchführen  
17 können. Eine einheitliche Praxis hin zu einer schnel-  
18 len, bürokratiearmen und damit auch kostensparen-  
19 den Entsorgung ist hier geboten.  
20  
21 Vielfach engagieren sich Anwohner\*innen oder Ge-  
22 werbetreibende vor Ort für die Sauberkeit in ihrem  
23 Kiez bzw. in ihrer unmittelbaren Umgebung und wol-  
24 len auch mögliche Gefahrenquellen durch Drogenu-  
25 tensilien unkompliziert selbst beseitigen. Daher soll  
26 auch diesen ermöglicht werden dies gefahrenfrei zu  
27 tun und so deren Engagement vor Ort unterstützt  
28 werden.

---

29 **A14/I/2020**  
30 **01/16 Grünes Dreieck**  
31 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
32 **schließen:**  
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
34  
35 **Cytotec in der Geburtshilfe verbieten**  
36 Die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf hinwirken,  
37 dass der Einsatz von Cytotec in der Geburtshilfe  
38 verboten wird. Erprobte alternative Mittel sollen als  
39 Standardmedikation eingesetzt und von den Kranken-  
40 kassen übernommen werden. Schwangere sollen bes-  
41 ser über die Nebenwirkungen von Cytotec aufgeklärt  
42 werden.  
43  
44 Die für den Gesundheitsschutz von Patientinnen  
45 und Patienten zuständigen Behörden müssen die  
46 durch die Verabreichung von Cytotec verursachten  
47 Todesfälle und Schäden lückenlos dokumentieren,  
48 auswerten und entsprechende Empfehlungen für die  
49 verantwortlichen Entscheidungsträger ableiten.  
50  
51 **Begründung**  
52  
53 Nach Recherchen von report München und der  
54 Süddeutschen Zeitung kommt es unter der Gabe von  
55 Cytotec zu erheblichen Komplikationen – von einem  
56 Wehensturm oder einem Gebärmutterriss, bis hin  
57 zum Tod von Mutter oder Kind. Während Gesund-  
58 heitsbehörden anderer Länder davor explizit war-  
59 nen, das Medikament zur Geburtseinleitung anzuwen-  
60 den, verwendet die Hälfte aller Geburtskliniken in  
61 Deutschland Cytotec für die Geburtseinleitung.

1  
2 Cytotec ist eigentlich ein Magenmedikament. Dass  
3 es Wehen fördert, wurde zufällig entdeckt. Die Ta-  
4 blette ist für die Geburtseinleitung nicht zugelassen.  
5 Der Hersteller warnt sogar im Beipackzettel, Neben-  
6 wirkungen für Schwangere wurden berichtet: abnor-  
7 me Kontraktionen der Gebärmutter, Uterusruptur,  
8 Tod des Fötus und Geburtsschäden. Das Medikament  
9 wurde in Deutschland 2006 vom Markt genommen,  
10 um Fehlanwendungen zu vermeiden und wird seitdem  
11 von deutschen Kliniken importiert.  
12  
13 Es gibt alternative zugelassene Mittel zur Geburt-  
14 einleitung, aber die sind wesentlich teurer. Cytotec-  
15 Pillen kosten weniger als 1 Euro und zugelassene Me-  
16 dikamente liegen teilweise im dreistelligen Bereich.  
17  
18 Wir fordern, dass alternative Mittel und Einleitungs-  
19 formen geprüft, etabliert und von den Krankenkassen  
20 als Standardmedikation übernommen werden.  
21  
22 Zudem müssen Schwangere besser über die Nebenwir-  
23 kungen von Cytotec aufgeklärt werden. Bisher wird  
24 lediglich darauf hingewiesen, dass das Medikament im  
25 „Off Label Use“ eingesetzt wird und man weiß als  
26 Betroffene nicht, welchen Risiken man sich und sein  
27 Kind tatsächlich aussetzt.

---

28 **A15/I/2020**  
29 **01/16 Grünes Dreieck**  
30 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
31 **schließen:**  
32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
33 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
34  
35 **Längere Gewährleistung für Produkte –**  
36 **Umwelt- und Verbraucherschutz stärken!**  
37  
38 Wir fordern, dass sich o.g. Parteiorgane auf Bundes-  
39 ebene dafür einsetzen,  
40 1. dass der Gewährleistungszeitraum von Produkten,  
41 die im Handel verkauft werden – insbesondere von  
42 Elektronikgeräten –, in der Bundesrepublik Deutsch-  
43 land von derzeit zwei Jahren auf mindestens fünf Jah-  
44 re verlängert bzw. erhöht wird;  
45  
46 2. dass Verbraucher\*innen im Rahmen der Geltend-  
47 machung der Gewährleistung von der dafür geltenden  
48 Beweislast über den derzeit geltenden Zeitraum von  
49 sechs Monaten hinaus, jedoch für mindestens zwei  
50 Jahre, befreit werden.  
51  
52 **Begründung**  
53  
54 Das Gewährleistungsrecht sieht in der Bundesrepu-  
55 blik Deutschland nach dem Kauf von Produkten  
56 durch Verbraucher einen Gewährleistungszeitraum  
57 von zwei Jahren vor. Wenn ein Produkt nach dem  
58 Kauf kaputt geht, können Verbraucher während die-  
59 ser zwei Jahre vom Verkäufer grundsätzlich ver-  
60 langen, dass der Mangel behoben wird. Ein eu-  
61 ropäischer Vergleich ergibt, dass dieser Zweijah-

1 reszeitraum nicht gerade großzügig bemessen ist.  
 2 Während Verkäufer in der Bundesrepublik Deutsch-  
 3 land recht zügig aus ihrer Verantwortung entlassen  
 4 werden, gelten in anderen europäischen Staaten deut-  
 5 lich längere Gewährleistungszeiträume. Positive Bei-  
 6 spiele sind England oder Irland, wo die gesetzliche Ge-  
 7 währleistung sechs Jahre lang gilt, unabhängig vom  
 8 jeweiligen Produkt. Island und Norwegen haben ei-  
 9 ne Gewährleistung von fünf Jahren für sog. langlebi-  
 10 ge Produkte. Darunter fallen z.B. Smartphones und  
 11 Waschmaschinen.

12  
 13 Eine Verlängerung des Gewährleistungszeitraumes  
 14 auch in der Bundesrepublik Deutschland würde zum  
 15 einen die Rechte von Verbrauchern stärken – schließ-  
 16 lich ist es besonders ärgerlich, wenn z.B. der neu an-  
 17 geschaffte Fernseher bereits nach zwei Jahren kaputt  
 18 geht und der Verkäufer nicht mehr verantwortlich ist.  
 19 Zum anderen würde auch die Langlebigkeit hergestell-  
 20 ter Produkte zwangsläufig verbessert werden müssen.  
 21 Dies hätte einen schonenderen Umgang mit Ressour-  
 22 cen, insbesondere im Bereich von Elektronikartikeln,  
 23 in denen viele seltene Rohstoffe enthalten sind, zur  
 24 Folge. Überdies entstünde weniger, häufig schwer zu  
 25 entsorgender, Müll.

26  
 27 Eine Änderung der maßgeblichen Regelungen wäre  
 28 natürlich nur dann zielführend, wenn sich Verbrau-  
 29 cher auch ohne Probleme hierauf berufen könnten.  
 30 Aktuell müssen Verbraucher in der Bundesrepublik  
 31 Deutschland ein halbes Jahr nach Kauf eines Pro-  
 32 dukts selbstständig beweisen, dass ein bestehender  
 33 Defekt des Produkts von Anfang an vorlag und so-  
 34 mit in den Verantwortungsbereich des Verkaufenden  
 35 fällt. Dieser Nachweis ist in der Praxis häufig  
 36 schwer zu erbringen. Daher gilt innerhalb der ers-  
 37 ten sechs Monate nach Kauf bereits heute eine Be-  
 38 weislastumkehr: Verbraucher haben keinen Beweis  
 39 zu erbringen, sondern der Verkäufer muss beweisen,  
 40 dass ein Defekt nicht schon im Zeitpunkt der Lie-  
 41 ferung vorlag. Entsprechend zur Verlängerung des  
 42 Gewährleistungszeitraumes ist auch der Geltungszeit-  
 43 raum dieser Beweislastumkehr anzupassen; er sollte  
 44 mindestens zwei Jahre betragen. Auch in diesem Zu-  
 45 sammenhang gehen andere europäische Staaten schon  
 46 beispielhaft voran: In Portugal und Frankreich sind  
 47 Verbraucher erst zwei Jahre nach Kauf beweisbelas-  
 48 tet.

---

49 **A16/I/2020**  
 50 **01/01 Rosenthaler Vorstadt und 01/23 Reh-**  
 51 **berge**  
 52 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
 53 **schließen:**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 55 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

56  
 57 **Verankerung einer Feministischen Außenpoli-**  
 58 **itik in Inhalt und Struktur!**

59  
 60 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der  
 61 Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die

1 deutsche Außenpolitik das Ziel der feministischen Au-  
2 ßenpolitik in Form der Gleichstellung der Geschlech-  
3 ter sowie der Schaffung von Chancengleichheit für al-  
4 le, unabhängig von Nationalität, sexueller Identität,  
5 Religion und Weltanschauung, ethnischer Herkunft,  
6 rassistischer Zuschreibung, Lebensalter, sozialem Sta-  
7 tus und Behinderung verfolgt.

8  
9 Bezüglich der inhaltlichen Akzentsetzung der VN-  
10 Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ im  
11 Auswärtigen Amt fordern wir:

12  
13 1. Sicherzustellen, dass der dritte Nationale Ak-  
14 tionsplan für die Umsetzung der Resolution 1325  
15 ressortübergreifend bundesweit kohärent umgesetzt  
16 wird, indem klare Ziele, Monitoring-Verfahren und  
17 Evaluationskriterien festgelegt und ausreichend finan-  
18 zielle Ressourcen bereitgestellt werden. Dies schließt  
19 die wiederholte, stetige Ansprache dieser Ziele im Dia-  
20 log mit internationalen Regierungsvertretern mit ein.

21  
22 2. Marginalisierten Stimmen im Sicherheitsdiskurs –  
23 in erster Linie den Stimmen von Frauen – mehr po-  
24 litisches Gewicht zu verleihen durch verstärkte fi-  
25 nanzielle Förderung und Stärkung von Teilhabe an  
26 politischer Konfliktlösung von Frauenrechtsverteidi-  
27 gerinnen und Aktivistinnen in Krisen- und Kon-  
28 fliktländern.

29  
30 3. Weitergehende wissenschaftliche Analyse der Aus-  
31 wirkung neuer globaler Sicherheitsrisiken, wie Klima-  
32 wandel und Digitalisierung, auf Frauen und Minder-  
33 heiten zu betreiben und die deutsche Außenpolitik auf  
34 die Bekämpfung dieser Risiken auszurichten.

35  
36 Weiter fordern wir die strukturelle Verankerung der  
37 Prinzipien der Resolution 1325 im Auswärtigen Amt  
38 durch:

39  
40 1. Konsequente Verankerung einer feministischen Au-  
41 ßenpolitik in den Konzept- und Strategiepapieren des  
42 Auswärtigen Amtes sowie der Integration von Gen-  
43 der als Kategorie in den Förderkonzepten und -  
44 instrumenten des Auswärtigen Amtes.

45  
46 2. Verbindliche Genderanalysen aller Länder

47  
48 3. Umsetzung einer geschlechtergerechten Personal-  
49 politik und -entwicklung im Auswärtigen Amt, insbe-  
50 sondere der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden  
51 und Sicherheit“ als einem Beförderungskriterium für  
52 Diplomaten\*innen.

#### 53 54 **Begründung**

55  
56 Der Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten so-  
57 wie ihre gleichberechtigte Mitwirkung an Friedenspro-  
58 zessen tragen in erheblichem Maße zur Wahrung und  
59 Förderung des Weltfriedens und der internationalen  
60 Sicherheit bei. Zu diesem Schluss kam der Sicherheits-  
61 rat der Vereinten Nationen in der Resolution 1325  
62 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ bereits am 31. Ok-  
63 tober 2000. Seitdem hat das Gremium eine Reihe von  
64 Folgeresolutionen verabschiedet und damit eine um-  
65 fassende Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ge-

1 schaffen. Die Rolle von Frauen bei der Friedenssiche-  
 2 rung und in Konflikten ist ein zentrales Thema der  
 3 deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Ziel  
 4 ist es, Gleichstellung, Teilhabe und Schutz von Frau-  
 5 en als zentrale Bestandteile von Außen- und Sicher-  
 6 heitspolitik zu verankern.  
 7 Um diesem Nachdruck zu geben entstand ein interna-  
 8 tionaler Diskurs der feministischen Außenpolitik.  
 9 Die feministische Außenpolitik ist die Einleitung eines  
 10 neuen Paradigmas in der Außenpolitik, um bestehen-  
 11 de Machtstrukturen zu durchbrechen und durch ei-  
 12 ne erhöhte Repräsentation und Beteiligung von Frau-  
 13 en und genderspezifischen Themen politische Prozes-  
 14 se neu zu gestalten. Ziel ist es, ein neues Verständnis  
 15 von Sicherheit jenseits eines Elitediskurses zu schaf-  
 16 fen.  
 17 Länder wie Schweden und Kanada setzen bereits er-  
 18 folgreich eine feministische Außenpolitik um, die bri-  
 19 tische Laborpartei bekennt sich zur feministischen  
 20 Außenpolitik und Frankreich, Luxemburg und Mexi-  
 21 ko bekunden Absichtserklärungen, sie umzusetzen.  
 22 Ziel ist es auch, den zweiten nationalen Aktionsplan  
 23 der Resolution 1325 der Bundesregierung, der 2017  
 24 eingeführt wurde, mehr Verbindlichkeit und Bedeu-  
 25 tung zukommen zu lassen.

26 **A17/I/2020**

27 **ASF**

28 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
 29 **schließen:**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

32

33 **Verankerung einer Feministischen Außenpoli-**  
 34 **tik in Inhalt und Struktur!**

35

36 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der  
 37 Bundesregierung auf sich dafür einzusetzen, dass die  
 38 deutsche Außenpolitik das Ziel der feministischen Au-  
 39 ßenpolitik und der Gleichstellung der Geschlechter so-  
 40 wie der Schaffung von Chancengleichheit für Alle, un-  
 41 abhängig von Nationalität, sexueller Identität, Reli-  
 42 gion und Weltanschauung, ethnischer Herkunft, ras-  
 43 sistischer Zuschreibung, Lebensalter, sozialem Status  
 44 und Behinderung verfolgt.

45

46 Bezüglich der inhaltlichen Akzentsetzung der Verein-  
 47 ten Nationen-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Si-  
 48 cherheit“ im Auswärtigen Amt fordern wir:

49

50 1. Sicherzustellen, dass der dritte Nationale Ak-  
 51 tionsplan für die Umsetzung der Resolution 1325  
 52 ressortübergreifend bundesweit kohärent umgesetzt  
 53 wird,

54 indem klare Ziele, Monitoringverfahren und Evalua-  
 55 tionskriterien festgelegt und ausreichend finanzielle  
 56 Ressourcen bereitgestellt werden. Dies schließt  
 57 die wiederholte, stetige Ansprache dieser Ziele im Dia-  
 58 log mit internationalen Regierungsvertretern mit ein.

59

60 2. marginalisierten Stimmen im Sicherheitsdiskurs –  
 61 in erster Linie den Stimmen von Frauen – mehr poli-

1 tisches Gewicht zu verleihen durch verstärkte  
2 finanzielle Förderung und Stärkung von Teilhabe an  
3 politische Konfliktlösung von Frauenrechtsverteidiger-  
4 rinnen und Aktivistinnen in Krisen- und  
5 Konfliktländern

6  
7 3. weitergehende wissenschaftliche Analyse der Aus-  
8 wirkung neuer globaler Sicherheitsrisiken, wie Klima-  
9 wandel und Digitalisierung, auf Frauen und  
10 Minderheiten zu betreiben und die deutsche Außen-  
11 politik auf die Bekämpfung dieser Risiken auszurich-  
12 ten

13  
14 Weiter fordern wir die strukturelle Verankerung der  
15 Prinzipien der Resolution 1325 im Auswärtigen Amt  
16 durch:

17  
18 1. Konsequente Verankerung einer feministischen Au-  
19 ßenpolitik in den Konzept- und Strategiepapieren des  
20 Auswärtigen Amtes sowie der Integration von Gen-  
21 der als Kategorie in den Förderkonzepten und -  
22 instrumenten des Auswärtiges Amtes

23  
24 2. verbindliche Genderanalysen aller Ländern

25  
26 3. Umsetzung einer geschlechtergerechte Personalpo-  
27 litik und -entwicklung im Auswärtigen Amt, insbe-  
28 sondere der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden  
29 und  
30 Sicherheit“ als einem Beförderungskriterium für  
31 Diplomat\*innen

32  
33 **Begründung**

34  
35 Die feministische Außenpolitik ist die Einleitung eines  
36 neuen Paradigmas in der Außenpolitik, um bestehen-  
37 de Machtstrukturen zu durchbrechen und durch eine  
38 erhöhte Repräsentation und Beteiligung von Frauen  
39 und genderspezifischen Themen politische Prozesse  
40 neu zu gestalten. Ziel ist es, ein neues Verständnis  
41 von Sicherheit jenseits eines Elitediskurs zu schaffen.

42  
43 Länder wie Schweden und Kanada setzen bereits er-  
44 folgreiche eine feministische Außenpolitik um, die bri-  
45 tische Laborpartei bekennt sich zur feministischen  
46 Außenpolitik und Frankreich, Luxemburg und Mexi-  
47 ko bekunden Absichtserklärungen, sie umzusetzen.

---

48 **A18/I/2020**  
49 **01/16 Grünes Dreieck**  
50 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-**  
51 **schließen:**

52 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

53  
54 **ALG II für Alleinerziehende während der**  
55 **Ausbildung**

56 dass Alleinerziehenden die volle Unterstützung von  
57 Hartz IV (ALG II) auch dann gezahlt wird, wenn sie  
58 sich in einer betrieblichen oder auch vollschulischen  
59 Ausbildung befinden. Außerdem soll ein Büchergeld  
60 in Höhe von 25 % des Bedarfs der auszubildenden  
61 Person gezahlt werden. Die Vergütung wird während

1 der Regelausbildungszeit gezahlt und kann bei einer  
2 Wiederholung des Ausbildungsjahrs bis zu zwei Jahre  
3 länger gewährt werden.

4

5 **Begründung**

6 In der Vergangenheit war es Alleinerziehenden meist  
7 nicht möglich, eine betriebliche oder vollschulische  
8 Ausbildung zu absolvieren, da der Einkommensbedarf  
9 niemals gedeckt gewesen wäre. So konnten Allein-  
10 erziehende leicht zu Dauer-ALG II-Bezieher\*innen  
11 werden. Eine Unterstützung im o.g. Sinne würde es  
12 diesen Menschen sehr erleichtern, wieder den Zugang  
13 zum ersten Arbeitsmarkt zu finden. Langfristig  
14 könnten sie sich und ihre Kinder selbst versorgen  
15 und ihrer Selbstverwirklichung nachgehen.